

Deutscher Philologenverband fordert von der Kultusministerkonferenz zu „Corona“:

- **Entscheidungen zu möglichen Schließungen von Schulen sind gemäß der professionellen Expertise der Gesundheitsminister zu treffen**
- **Proaktives, fürsorgliches Handeln der Gesundheits- und Kultusminister ist für Schulen, Lehrkräfte und Schüler unbedingt notwendig**

Im Umgang mit der Einschätzung der Gefährdungssituation durch den „Coronavirus“ erwartet die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing, die Abstimmung und Koordinierung auf oberster Ebene zwischen Gesundheitsminister Spahn und KMK-Präsidentin Hubig und sodann koordinierende Maßnahmen der KMK zwischen den Ministerien der Länder, damit die Schulen vor Ort nicht allein gelassen werden.

Umgehend ist dann proaktiv zu regeln:

- Eine mögliche Verlängerung der Osterferien, also auch ein möglicher vorzeitiger Beginn, sollte in Absprache der zuständigen Kultus- und Gesundheitsminister für die betreffenden Bundesländer geprüft werden.
- Der Umgang mit Verdachtsfällen, infizierten Personen und Risikogruppen muss einheitlich festgelegt werden und die dazu getroffenen Entscheidungen zwischen Kultus- und Gesundheitsministerien in den Ländern müssen umgehend transparent gemacht werden.
- Die Gesundheitsämter müssen in kontinuierlichem Kontakt mit den Schulämtern stehen. Die Schulämter müssen proaktiv und nicht erst auf Nachfrage die Schulleitungen und Schulen in ihrem Einzugsbereich kontinuierlich über neueste Entwicklungen und Entscheidungen transparent und fürsorglich in Kenntnis setzen.
- Für anstehende Abschlussprüfungen wie für die anstehenden Abiturprüfungen sind bei Schulschließungen allgemeine Nachprüfungstermine vorzusehen, bei individuellen Krankheitsausfällen gilt es, individuelle Nachprüfungstermine zu vereinbaren. Da Deutschland kein Bundeszentralabitur hat, sondern zwei Drittel der Abiturnote bereits über die gesamte Oberstufenzeit erbracht wurden und der Abiturprüfungspool nicht zu 100% verpflichtend ist, sollten nun die in den Landesministerien vorhandenen Aufgabenpools den Schulen im Bedarfsfall zur Verfügung gestellt werden, um regional Ersatzklausuren vorzuhalten, die bei durchzuführenden Nachprüfungen eingesetzt werden können.
- Für den Studienbeginn sollten optional und vorausschauend spätere Anmelde- und Zulassungstermine vorgesehen werden.

„Ohne Alternative ist die kontinuierliche, proaktive, fürsorgliche und transparente Onlinekommunikation zwischen Kultusministerien, Schulämtern und ihren Schulen, denn die Schulleitungen und ihre Schulen dürfen in diesen Entscheidungsprozessen nicht allein gelassen werden!“, fordert Lin-Klitzing.

Berlin, 12.3.2020

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin